06.02.2017

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Kieler Abschiebestopp

Schleswig-Holsteins Landesregierung widersetzt sich weiteren Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern nach Afghanistan, an denen im Januar Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg beteiligt waren. Den Kieler Abschiebestopp findet die Bundeskanzlerin "nicht in Ordnung". Zwar räumt sie auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein in Neumünster ein, dass Rückführungen "nicht einfach" seien; es gebe allerdings am Hindukusch "Gebiete", die ein solches Vorgehen zuließen. Diese Ansicht der Sicherheitslage teile das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Fast zwölftausend afghanische Staatsbürger sind ausreisepflichtig; laut Merkel dürften die Bürger vom Rechtsstaat erwarten, dass Asylentscheidungen auch durchgesetzt würden. Da hat sie recht. Doch der Kieler SPD-Innenminister will mit Blick auf die Landtagswahl am 7. Mai wohl damit punkten, sich dem "Druck" aus Berlin zu entziehen und in die Rolle des Menschen(rechts)freunds gegenüber den Unbarmherzigen aus der Union zu schlüpfen. Ob das im hohen Norden zieht, dürfte zweifelhaft sein.

rab.

© 2017 PMG Presse-Monitor GmbH